



Plenarprotokoll

27. Sitzung

Donnerstag, 21. Februar 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachruf		Bürgermeister Frank Henkel	2505
Ehemaliger Präsident des Abgeordnetenhauses und Städtältester Walter Sickert	2498	Martin Delius (PIRATEN)	2506
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	2499	Bürgermeister Frank Henkel	2506
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2499	Thomas Birk (GRÜNE)	2506
Irene Köhne (SPD)	2499	Bürgermeister Frank Henkel	2506
Claudio Jupe (CDU)	2499	Asbest in Wohnungen, was macht der Senat?	2506
Ramona Pop (GRÜNE)	2500	Andreas Otto (GRÜNE)	2506
Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	2501	Bürgermeister Michael Müller	2506
Heiko Herberg (PIRATEN)	2502	Andreas Otto (GRÜNE)	2507
1 Mündliche Anfragen	2503	Bürgermeister Michael Müller	2507
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Thomas Birk (GRÜNE)	2507
Mündliche Anfragen		Bürgermeister Michael Müller	2507
Drucksache 17/MA27		Neue Liegenschaftspolitik – was sind die Maßgaben der Koalition wert?	2508
Mietbegrenzung in Berlin durch neues Mietrechtsänderungsgesetz auf Bundesebene	2503	Dr. Manuela Schmidt (LINKE)	2508
Torsten Schneider (SPD)	2503	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	2508
Bürgermeister Michael Müller	2503	Dr. Manuela Schmidt (LINKE)	2509
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	2504	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	2509
Bürgermeister Michael Müller	2504	Daniel Buchholz (SPD)	2509
Katrin Lompscher (LINKE)	2505	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	2509
Bürgermeister Michael Müller	2505	Führen Berliner Behörden Listen mit „linken Szenefotografen“?	2510
Cyberattacken im Land Berlin im Jahr 2012	2505	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2510
Burkard Dregger (CDU)	2505	Bürgermeister Frank Henkel	2510
		Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2510
		Bürgermeister Frank Henkel	2510
		Christopher Lauer (PIRATEN)	2510
		Bürgermeister Frank Henkel	2510
		Baubeginn der Tangentialen Verbindung Ost	2510
		Liane Ollech (SPD)	2510
		Bürgermeister Michael Müller	2511

5	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz – NatSchG Bln)	2559	7	Allgemeine Dienstanweisung durch den Justizsenator an die Staatsanwaltschaft Berlin	2565
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0788			Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 23. Januar 2013	
	Erste Lesung			Drucksache 17/0795	
	Ergebnis	2559		zum Antrag der Piratenfraktion	
6	a) Kitausbau nur mit Qualität! (I): Masse nicht auf Kosten der Klasse!	2559		Drucksache 17/0158	
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 1. November 2012 und			Christopher Lauer (PIRATEN)	2565
	Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 12. Dezember 2012			Sven Kohlmeier (SPD)	2566
	Drucksache 17/0731			Dirk Behrendt (GRÜNE)	2566
	zum Antrag der Fraktion Die Linke			Sven Kohlmeier (SPD)	2567
	Drucksache 17/0487			Dirk Behrendt (GRÜNE)	2567
	b) Kitausbau nur mit Qualität! (II): Fachkräfteentwicklung Priorität einräumen!	2559		Sven Rissmann (CDU)	2568
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 1. November 2012 und			Martin Delius (PIRATEN)	2569
	Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 12. Dezember 2012			Sven Rissmann (CDU)	2569
	Drucksache 17/0732			Sven Kohlmeier (SPD)	2569
	zum Antrag der Fraktion Die Linke			Sven Rissmann (CDU)	2570
	Drucksache 17/0488			Martin Delius (PIRATEN)	2570
	c) Kitausbau nur mit Qualität! (III): Sprachförderung weiter entwickeln	2559		Sven Rissmann (CDU)	2570
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 6. Dezember 2012			Dirk Behrendt (GRÜNE)	2570
	Drucksache 17/0797			Sven Rissmann (CDU)	2571
	zum Antrag der Fraktion Die Linke			Christopher Lauer (PIRATEN)	2572
	Drucksache 17/0530			Sven Rissmann (CDU)	2572
	Katrin Möller (LINKE)	2559		Dr. Klaus Lederer (LINKE)	2572
	Björn Eggert (SPD)	2560		Ergebnis	2573
	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	2561	8	Grundrechtsschutz statt massenhafter Funkzellenabfrage	2574
	Roman Simon (CDU)	2562		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 23. Januar 2013	
	Katrin Möller (LINKE)	2563		Drucksache 17/0796	
	Susanne Graf (PIRATEN)	2563		zum Antrag der Fraktion Die Linke	
	Björn Eggert (SPD)	2564		Drucksache 17/0162	
	Susanne Graf (PIRATEN)	2564		Ergebnis	2574
	Ergebnis	2564	10	a) Europacity Heidestraße sozial und nachhaltig gestalten!	2574
	Beschlusstext	2604		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 16. Januar 2013 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 30. Januar 2013	
				Drucksache 17/0800	
				zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
				Drucksache 17/0678	

(Dirk Behrendt)

hier nur stichpunktartig einführen möchte, weil wir in der nächsten Plenarsitzung voraussichtlich anhand der anderen von mir schon erwähnten Anträge dazu kommen können.

Wir können uns sehr gut vorstellen, dass man bei Demonstrationen gänzlich auf die Funkzellenabfrage verzichtet. Das ist ja Auslöser dieser Dresdner Datensammelwut, wo diejenigen, die dort gegen Nazis demonstriert haben, was ihr gutes Recht ist, und auch die anwesenden Politiker und Journalisten alle durch die Bank erhoben wurden. Das halten wir für sehr schwer erträglich vor dem Hintergrund der Versammlungsfreiheit, und deswegen sagen wir: In Berlin wollen wir keine Funkzellenabfrage auf Demonstrationen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Wir wollen auch den Richtervorbehalt für die sogenannte Zweitverwertung. Auch das zeigt der Dresdner Fall, dass dort zunächst eine Datenerhebung stattgefunden hat, die dann – – Für die Zweitverwertung wollen wir den Richtervorbehalt. Ich muss es kurz machen, denn die Zeit läuft davon.

[Sven Rissmann (CDU): Sie ist abgelaufen!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Ihr letzter Satz, bitte!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Und wir wollen ein Verwertungsverbot bei rechtswidriger Anwendung der Funkzellenabfrage. Wie gesagt, wir werden beim nächsten Mal noch darüber sprechen, aber der Antrag der Piraten führt zu mehr Grundrechtsschutz und ist deswegen richtig. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Rissmann. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie so oft in der Politik sprechen wir nicht darüber, was in der Sache richtig und geboten ist, sondern unterhalten uns und streiten uns über Verfahrensfragen und darüber, wer jetzt eigentlich der geistige Urheber ist und recht hatte. Lieber Kollege Behrendt! Ich frage mich, warum Sie keinen Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 7, zu dem Antrag der Piraten, eingebracht haben, wenn Sie so weitgehende inhaltliche Vorstellungen haben. Das haben Sie

gerade der Koalition vorgeworfen. Das passt nicht ganz zusammen.

Ich muss den Verfahrensgang nicht ganz wiederholen, sondern ich versuche nur fair darzustellen: Mit dem Thema haben sich die Linken, die den Antrag eingebracht haben, und die Piraten beschäftigt – der Antrag ist heute zu besprechen –, und Sie haben sogar einen Besprechungspunkt im Rechtsausschuss angemeldet, und wir haben das alles zusammengepackt und das alles gemeinsam beraten. Der Rechtsausschuss hat dann in seiner Mehrheit erkannt, dass auf Grundlage des Antrags der Linksfraktion dieser abzuändern ist, und das hat auch eine Mehrheit gefunden.

Sie kritisieren alle Verfahren und alle Herangehensweisen der anderen Fraktionen, und offenbar haben es einzig und allein wieder mal die Grünen richtig gemacht, die heute als Tischvorlage einen Änderungsantrag vorlegen – im Übrigen zu Tagesordnungspunkt 8 und nicht zu Tagesordnungspunkt 7, über den wir gerade jetzt reden. Dieser Änderungsantrag ist bemerkenswert, denn er entspricht bis auf ein paar redaktionelle Kleinigkeiten voll und ganz der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses, wo mit der Mehrheit der Koalition aus SPD und CDU ein Ergebnis gefunden wurde. Ich sehe nur einen großen Unterschied, nämlich dass dort drübersteht: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Das ist der einzige materielle Unterschied. Wenn Sie das brauchen, Herr Behrendt, bitte, dann mag es so sein.

Kollege Lauer! Ich halte es weder für sinnvoll noch für sachdienlich oder hilfreich, dass wir im Vorfeld dieses Spielchen haben, wonach wir heute in der Sache über das gleiche Thema reden wie wahrscheinlich in zwei Wochen, wenn der Antrag der Linksfraktion nach der Vertagung auf der Tagesordnung steht. Nur weil Sie sagen, Sie wollen zwei Mal zum gleichen Thema reden: Es wird ja keine Veränderung herbeibringen, es werden keine neuen Argumente ausgetauscht werden. Wir haben eine Anhörung im Rechtsausschuss gemacht, die ein Wortprotokoll von mehr als 30 Seiten mit sich brachte. Sehr lesenswert! Sie sind ja nicht im Rechtsausschuss, aber ich hoffe, Sie haben das dennoch gemacht und sich mal zugeführt, was Experten dazu sagen.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Ich war
bei der Anhörung dabei!]

– Das habe ich vergessen. Ist ja schön. Sie waren dabei.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Ich helfe
Ihnen mal auf die Sprünge!]

– Gestehe ich Ihnen zu. Ich achte nicht so auf Personen, sondern eher auf Inhalte. Sie sind dort auch nicht so aufgefallen. Aber gut, ist ja okay!

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Heiterkeit]

(Sven Rissmann)

Die Anhörung hat mit sich gebracht, dass alle Anzuhörenden, die unter Umständen auch unterschiedliche politische Hintergründe oder Herangehensweisen haben, den Ansatz der Koalition, den wir in Form des Änderungsantrages zum Ausdruck gebracht haben, unterstützen. Das heißt, die Koalition aus SPD und CDU bekennt sich ganz klar zur Funkzellenabfrage als notwendige Ermittlungsmaßnahme, und damit unterscheiden wir uns meinetwegen von Ihnen. Wir sagen: Strafverfolgung muss möglich sein. Ausrufungszeichen!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir sagen aber auch, dass dies seine Grenzen findet in einer rechtsstaatlichen Anwendung, was nach unserem Dafürhalten bedeutet, dass eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen werden soll. Darum haben wir den Aspekt der Bundesratsinitiative mit aufgenommen.

[Martin Delius (PIRATEN)
meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Delius?

(Sven Rissmann (CDU):

Herr Delius – ja, bitte! – Ich weiß jetzt aber nicht, wer alles bei der Anhörung war. Das brauchen Sie also nicht zu fragen.

[Heiterkeit]

Martin Delius (PIRATEN):

Nein, nein! – Aber weil Sie die Anhörung erwähnten: Ich war ja nicht da, aber Sie können mich vielleicht darüber informieren, um welchen Antrag – Ich frage mal andersherum: Gab es den Änderungsantrag, den Sie jetzt zum Antrag der Linken gestellt haben, schon während der Anhörung, sodass auch klar gewesen sein kann, dass die Anzuhörenden diesem Antrag zugestimmt haben? Oder war es nicht vielleicht eher so, dass die Anzuhörenden der Initiative der Piratenfraktion zugestimmt haben?

(Sven Rissmann (CDU):

Das Gute ist ja, dass das nachlesbar ist, lieber Kollege Delius. Das Protokoll liegt sogar auf meinem Tisch. Nach meiner Erinnerung ist es so, dass die Vorstellung der Koalition, wie wir mit dem Phänomen der Funkzellenabfrage – ich nenne es mal so – umgehen und wie wir das handhaben wollen, natürlich auch Gegenstand der Expertise der Anzuhörenden war und formuliert war. Ob das in Form von bedrucktem Papier oder durch Redebeiträge von Herrn Kohlmeier und mir oder anderen Mitgliedern der Koalition geschehen ist, kann ich Ihnen jetzt nicht

mehr mit Gewissheit sagen. Jedenfalls war das natürlich Gegenstand, zumal sich ja auch die Gedanken, die sich die Koalition gemacht hat, zum Teil in der Initiative der Linken wiederfinden. Das bestreite ich gar nicht. Ich finde es übrigens auch gar nicht schlimm, so etwas einzuräumen. Nur weil da „Linke“ drübersteht, muss ich ja nicht mit Nein stimmen, wenn es da vernünftige Aspekte gibt.

[Martin Delius (PIRATEN): Aber wir
reden jetzt über den Piraten-Antrag!]

– Der Piraten-Antrag ist ja ein bisschen eindimensional. Der beschränkt sich ja ausschließlich auf eine Dienstanzweisung an die Staatsanwaltschaft und erfasst das Problem in seiner Bandbreite eben nicht in genügendem Maße.

[Sven Kohlmeier (SPD) meldet sich
zu einer Zwischenfrage.]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Kohlmeier?

Sven Rissmann (CDU):

Herr Kohlmeier – natürlich!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Bitte, Herr Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege Rissmann! Darf ich Ihnen ein bisschen auf die Sprünge helfen und darauf hinweisen, dass den Anzuhörenden der Antrag der Koalitionsfraktionen ja vorlag und u. a. der Richter – –

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssten eine Frage stellen, Herr Kollege!

Sven Kohlmeier (SPD):

Der Richter am Landgericht Ulf Buermeyer sagte: Ich halte den Koalitionsvorschlag für einen sehr guten Schritt, um eine verfassungsrechtlich erfreulichere Umsetzung zu erreichen.

[Zurufe]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Kohlmeier, Sie müssten eine Frage stellen.

Sven Kohlmeier (SPD):

Können Sie sich an diese Anhörung und an die Worte des Kollegen Ulf Buermeyer erinnern?

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Lieber Kollege Kohlmeier! Ich danke Ihnen für diese Frage. Sie hilft mir, mich daran zu erinnern, dass u. a. Herr Buermeyer die Vorstellungen der Koalition als sachgerecht gelobt hat – wie im Übrigen ja auch andere Initiativen, zu denen er auch als Anzuhörender benannt worden war.

Die Koalition wird also neben den beiden eben genannten Punkten ferner auch dem Umstand Rechnung tragen, dass es in unserer Stadt viele Menschen gibt, die sich durch solche Ermittlungsmethoden verunsichert fühlen. Dafür habe ich Verständnis. Auch wenn die Angstmacherei, die zum Teil von den Piraten und von den Grünen sowieso betrieben wird – gläserner Bürger, ihr seid alle nackt, was passiert mit euren Daten? – vollkommen unsinnig ist, weil eine Verarbeitung dieser Daten zunächst gar nicht erfolgt, sondern nur dann, wenn weitere Aspekte der Strafverfolgung hinzukommen, findet eine tiefere Ermittlung statt, um schwerste Straftaten aufzuklären und damit den Rechtsstaat sicherzustellen.

[Martin Delius (PIRATEN) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Delius?

Sven Rissmann (CDU):

Noch eine? – Bitte!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Bitte, Herr Delius!

Martin Delius (PIRATEN):

Ist die Idee bzw. die Initiative der Piratenfraktionen, einen umfangreichen Informationsanspruch bei einer erfolgten Funkzellenabfrage zu etablieren, nicht Teil Ihres Änderungsantrags? Finden Sie es im Zuge dessen nicht tragisch, dass heute darüber nicht abgestimmt werden kann bzw. dem nicht zugestimmt werden kann, wenn man jetzt den Piraten-Antrag hier auf der Tagesordnung hat und Sie keinen Änderungsantrag dazu gestellt haben?

[Sven Kohlmeier (SPD): Ihr habt das so gewollt!]

Sven Rissmann (CDU):

Wenn ich das richtig sehe, wird ja heute über Ihren Antrag abgestimmt. Herr Delius, da kann ich Sie beruhigen. In der Sache wird er wohl keine Mehrheit finden. Damit war auch zu rechnen. Sie haben das aber in der Hand. Sie können Ihnen vertagen, und dann können wir – was eigentlich vernünftig gewesen wäre – im Zusammenhang mit dem Antrag der Linken und der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – ich habe darauf bereits hingewiesen – das Thema ganzheitlich beleuchten, und dann werden Sie an der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses, die die Handschrift der Koalition trägt, sehen, welcher Auffassung wir sind, wie damit vernünftig umzugehen ist. Das ist im Übrigen das, was ich seit schätzungsweise vier Minuten versuche darzustellen, aber wovon ich durch die dritte Zwischenfrage abgehalten werde.

Es ist nämlich der dritte Punkt, dass wir wahrnehmen, dass die Menschen durch neue Ermittlungsmethoden der Strafverfolgungsbehörden zum Teil verunsichert werden. Es sind dort im Einzelfall sicher auch Fehler passiert in anderen Bundesländern, und darum muss man auch die Möglichkeit geben, dort Transparenz herzustellen. Ich finde das, was sich insbesondere Kollege Kohlmeier hierzu überlegt hat und was dann auch Eingang in die Beschlussempfehlung gefunden hat, ist ein sehr gangbarer Weg, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen.

Vernünftig wäre es vielleicht – und das mögen die Zwischenfragen gezeigt haben, verehrte Kollegen der Piratenfraktion –, wenn wir zukünftig wieder dazu übergehen, ein Thema auch nur einmal wirklich zu besprechen. Es bringt doch nichts: Jetzt passiert in zwei Wochen noch mal das Gleiche. Im Ergebnis wird sich da nichts ändern, vermute ich. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Herr Dr. Behrendt. – Bitte sehr!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Kollege Rissmann! Sie geben mir Gelegenheit, weil Sie gesagt haben, unser Antrag sei heute erst eingebracht worden und unterscheidet sich überhaupt nicht vom Antrag der Koalition, außer in der Nennung des Antragstellers, dazu noch drei Sätze zu sagen.

Punkt 1: Der Antrag ist Gegenstand der Beratung im Rechtsausschuss gewesen. Sie können sich sicher daran erinnern, dass wir dort über die interessante Geschäftsordnungsfrage gesprochen haben, ob man einen Änderungsantrag zu einem Änderungsantrag – das ist für mich

(Dirk Behrendt)

weiterhin eine ungeklärte Frage – stellen kann. Das war genau dieser Antrag, den Sie heute angeblich zum ersten Mal gesehen haben. Ich frage, wo Sie eigentlich bei der Befassung im Rechtsausschuss waren.

Punkt 2: Ich möchte darauf hinweisen, dass es sehr wohl Unterschiede gibt. Wir werden es beim nächsten Mal durch Fettdruck oder Unterstreichung kenntlich machen. Ich möchte die Punkte hier aber wenigstens genannt haben. Die Überschrift des Antrags der Koalition lautet: Grundrechtsschutz durch Beschränkung der Funkzellenabfrage auf das erforderliche Maß. Die Überschrift unseres Änderungsantrags lautet: Grundrechtsschutz durch Beschränkung der Funkzellenabfrage auf das rechtsstaatliche und bürgerrechtskonforme Maß. Das ist durchaus etwas Anderes, wenn man insbesondere Ihren ersten Satz liest, wonach es quasi unerlässlich für die Aufklärung von Autobrandstiftung in Berlin ist, die Funkzellenabfrage zu nutzen. Es ist weiterhin nicht der Nachweis geführt, dass auch nur eine einzige Autobrandstiftung in Berlin durch das Mittel Funkzellenabfrage aufgeklärt werden konnte.

Punkt 3: Sie haben hier selbst eben gesagt, Sie wollen es nur bei den schwersten Straftaten. Das steht leider in Ihrem Antrag nicht drin. Wenn Sie sich den Katalog in der Strafprozessordnung ansehen, geht es bei der mittleren Kriminalität los. Wir wollen – das steht ausdrücklich in unserem Antrag – die Funkzellenabfrage nur zur Verfolgung schwerster Straftaten und nicht für die einfache und mittlere Kriminalität. Wir wollen die Nachrangigkeit, die auch in der Strafprozessordnung enthalten ist und die Funkzellenabfrage erst dann, wenn andere Ermittlungsverfahren zu nichts geführt haben, deutlicher betonen, weil es in der Praxis umgekehrt stattfindet, wie uns die Sachverständigen erklärt haben. Wir wollen die Zweitverwertung unter Richtervorbehalt stellen, dazu habe ich in meinem Redebeitrag schon etwas gesagt. Wir wollen ein Verwertungsverbot für rechtswidrige Funkzellenabfragen, und wir wollen es – das ist uns ein wichtiger Punkt; dazu hat sich die Koalition bislang überhaupt noch nicht verhalten – insbesondere wegen der Sensibilität bei Versammlungen und der berechtigten Sorge der Leute, die an Versammlungen teilnehmen, dass vom Staat gespeichert wird, wer auch an womöglich kritischen Versammlungen teilnimmt. Ich weiß, der Weg der Koalition geht dort in Richtung mehr Überwachung. Sie wollen nicht nur Funkzellenabfragen, sondern auch Videografie von Versammlungen. Das halten wir für den falschen Weg. Das verkennet den zentralen Gehalt und die Wichtigkeit der Versammlungsfreiheit. Deswegen sagen wir: Keine Videografie auf Versammlungen und auch keine Funkzellenabfrage. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Herr Rissmann, möchten Sie antworten? – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrter Kollege Dr. Behrendt! Die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – materiell betrachtet –, die Vorstellung der Koalition, kann nicht so schlecht gewesen sein. Wie war denn das Stimmenverhalten der Grünen? – Es war nämlich ein ganz Ungewöhnliches; Sie haben sich enthalten. Dazu gehört auch viel, dass sich die Grüne-Fraktion bei einer Quasi-Initiative der Koalition enthält. Ansonsten habe ich bereits in meinem ersten Beitrag eingeräumt, dass es ein paar redaktionelle Punkte gab. Die Kernaussagen haben Sie übernommen und einfach dem Kind einen anderen Namen gegeben. Ich weiß nicht, ob Ihnen das etwas hilft.

Sie sprachen davon, dass die – wie Sie es nennen – massenhaften Funkzellenabfragen in Berlin kaum einen Beitrag geleistet haben, schwere Straftaten aufzuklären.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Autobrandstiftungen!]

Das stimmt nicht. Sie wissen ganz genau, dass es schlimme Fälle von Sexualdelikten gab, beispielsweise die Schulhofvergewaltigung im Bezirk Mitte, im Ortsteil Wedding, wo der Täter sehr schnell nach der Tat – das Opfer war nach meiner Erinnerung minderjährig – dank der Funkzellenabfrage ermittelt und man seiner habhaft werden konnte.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Einverstanden!]

– Herr Lux ist wach geworden.

[Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

Schön! Guten Morgen, Herr Lux! Geht es Ihnen gut? Schön. – Sie haben die Eingangsrede von Herrn Lauer gehört, der sich darüber echauffiert hat. Der junge Abgeordnete Lauer hat sich darüber aufgeregt, dass dies hier alles ein Jahr gedauert hat. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, Herr Lauer, dass es Dinge gibt, die manchmal im Parlamentarismus viel länger dauern. Das ist leider so. Manchmal trägt auch die Opposition dazu bei, wenn sie viel Papier produziert und auf parlamentarische Rechte Wert legt.

Ich muss Sie doch auch unter dem Aspekt der Einheit der Opposition fragen, warum das erst jetzt kommt. Sie haben ein Jahr lang Zeit gehabt, Ihre Änderungsvorstellungen einzubringen.

[Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

Herr Lauer, was sagen Sie eigentlich dazu? Warum haben die Grünen ein Jahr gebraucht, sich an diesem inhaltlichen Diskurs zu beteiligen? – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Das Wort zu einer zweiten Kurzintervention hat der Abgeordnete Herr Lauer. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Frage. Herr Behrendt hat darauf hingewiesen, wogegen die Grünen sind. Worauf er nicht hingewiesen hat, worauf ich aber gern hinweisen kann, ist, dass die Grünen-Bundestagsfraktion entsprechende Anträge eingereicht hat. Ich glaube, sie scheitern auch an der CDU im Bund. Dann kann sich jeder denken, was er will.

Ihre Sprache entlarvt Sie, Herr Rissmann, wenn Sie hier darüber sprechen, dass die Opposition auf parlamentarischen Rechten beharrt und Sie das so despektierlich darstellen. Damit wird deutlich, wes Geistes Kind Sie sind.

[Heiko Melzer (CDU): Das ist ja bei Ihnen ganz anders!]

Die Aussage, dass in anderen Bundesländern Dinge bei der nicht individualisierten Funkzellenabfrage nicht richtig gelaufen wären, ist schlichtweg falsch. Auch dort hat Herr Behrendt auf das Gutachten des Landesdatenschutzbeauftragten hingewiesen, der dezidiert dargestellt hat, was hier schief gelaufen ist, dass es Straftaten gab, bei denen die nichtindividualisierte Funkzellenabfrage gar nicht hätte angewendet werden dürfen. Doch das wischen Sie so einfach lapidar weg.

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Behrendt hat auch die Übersichtsaufnahmen bei Demonstrationen angesprochen. Hier möchte die Koalition einen Antrag in Windeseile durchprügeln, was dank der Anstrengung der Opposition gelungen ist, ein wenig zu verlängern.

[Sven Kohlmeier (SPD): Zum Thema!]

Der Punkt ist einfach, dass Sie sich hier bewusst ein Jahr lang Zeit gelassen haben und jetzt hier in der Debatte den Eindruck erwecken wollen, dass unser Antrag ungeeignet wäre, das Problem zu beheben. Ich zitiere hier den eben schon erwähnten Ulf Buermeyer, der hier in Berlin Richter ist und auch von der SPD

[Sven Rissmann (CDU): Und von den Piraten!]

gern als Sachverständiger eingeladen wird und hier an der Stelle zu unserem Antrag sagt:

Damit ließen sich aus meiner Sicht auch die Defizite, die der Berliner Datenschutzbeauftragte in seinem Bericht dargestellt hat, ganz sinnvoll adressieren. Insofern wäre meine Schlussfolgerung, dass ich eine solche Dienstanweisung begrüßen würde, auch wenn der deutsche Richterbund, dem ich auch angehöre, immer sehr kritisch gegenüber Einzelanweisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft ist ...

Sie können replizieren, wie Herr Gram immer so schön sagt. Die Frage ist, wenn Sie diese Dienstanweisung für so vollkommen ungeeignet halten, obwohl alle Sachverständigen im Ausschuss gesagt haben, die Dienstanweisung, die die Piraten vorschlagen, wäre dazu geeignet, das Problem zu lösen, warum Sie das nicht so gesagt haben. Das ist nicht so schlimm; das sind wir von der

Koalition hier in Berlin gewohnt. Das kann man auch in den Protokollen nachlesen, auf die Sie hier verwiesen haben. Da wird noch einmal völlig klar, dass das, was Sie hier sagen, einfach nicht stimmt, insbesondere, dass Sie sich jetzt darüber echauffieren, dass die Linke davon Gebrauch macht, Ihren Antrag zu vertagen. Herr Behrendt hat auch noch einmal darauf hingewiesen: Wenn es Ihnen jetzt ein Anliegen wäre, diese Sache zu klären, könnten Sie den Antrag heute auch einfach behandeln. Das haben Sie nicht getan. Es ist ganz klar. Sie begrüßen die Regelung, wie sie im Moment ist und wollen gar keine andere. Das ist sehr schade, zeigt aber auch, dass wir langfristig in diesem Bundesland einen politischen Wechsel brauchen. – Vielen lieben Dank!

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Lauer! – Herr Rissmann, bitte!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lauer! Seitdem Sie hier dabei sind, bin ich Studentenparlamentniveau schon einige Zeit gewohnt. Mittlerweile wird es hier Kinderparlamentniveau. Es geht Ihnen offenbar nur darum, wer die richtige Idee gehabt hat und wer der Urheber ist.

[Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Herr Höfinghoff, ganz ruhig! Wir sind in der Zeit der geistigen Besinnung. Ich gestehe Ihnen gern zu, dass Sie das Thema Funkzellenabfrage aufgerufen haben. Sie haben es durch Ihren Antrag hier zum Thema gemacht, so, wie im Übrigen auch die Linksfraktion. Ja, auch Ihr Antrag enthält Aspekte, die selbst die Koalition für gut befunden hat. So haben Sie doch im Zusammenwirken aller Kräfte einen konstruktiven Beitrag im Gesetzgebungsverfahren geleistet. Vielen Dank dafür, fühlen Sie sich gut!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Linksfraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Lederer. – Bitte sehr!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dafür, dass wir das Thema im Parlament schon zum wiederholten Mal diskutiert haben, geht es doch heiß her, Kurzintervention hin, Kurzintervention her. Mir mutet es gerade ein wenig so an, wie der Posing-Contest von ein paar Testosteronboys.